

Antrag

**der Abgeordneten Heike Sudmann, Sabine Boeddinghaus, Olga Fritzsche,
Deniz Celik, Dr. Carola Ensslen, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch,
Metin Kaya, Cansu Özdemir, Dr. Stephanie Rose, David Stoop, Insa Tietjen und
Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

Haushaltsplan-Entwurf 2021/2022

Einzelplan 7.1

Produktgruppe 301.01

Betr.: Mobilitätswende braucht Preiswende beim HVV: Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und Einstieg in das 365-Euro-Jahresticket

Als Folge der Corona-Pandemie haben im vergangenen Jahr 177.000 Kunden/-innen ihr Abo oder ProfiTicket gekündigt. Allein im Januar dieses Jahres kamen weitere 17.900 Kündigungen hinzu. Der Einzelverkauf an Zeit- und Einzelfahrausweisen ist eingebrochen und verharrt weiterhin auf niedrigem Niveau. Die Kunden/-innen müssen durch eine bessere Preispolitik zurückgewonnen werden.

Nach Jahrzehnten schnell steigender Fahrpreise im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) geht mindestens in den Metropolen inzwischen der Trend in eine andere Richtung. In Wien ist die Jahreskarte für 365 Euro für alle ein Erfolgsmodell, auch in München ist der Preis einer Abo-Monatskarte für die Stadt seit Mitte Dezember 2020 auf 43,50 Euro gesunken, Nürnberg hat einen Grundsatzbeschluss zur Einführung eines 365-Euro-Tickets ab 2023 gefasst. In Luxemburg ist seit März 2020 sogar der komplette ÖPNV kostenfrei. Und auch in der SPD in Bremen wird mittelfristig ein fahrscheinloser ÖPNV gefordert.

Das Beispiel Wien zeigt auch eines sehr deutlich: Günstiger ÖPNV entlastet die Haushaltskassen der Menschen, so liegen die durchschnittlichen Mobilitätsausgaben der Wiener Haushalte deutlich unter denen aller anderen österreichischen Bundesländer. Dieses Erfolgsmodell soll in den kommenden Jahren landesweit eingeführt werden.

Vor dem Hintergrund rasant steigender Wohnkosten in Hamburg und pandemiebedingter Einkommensverluste kann eine Preissenkung des ÖPNV vielen Haushalten mehr finanzielle Luft zum Atmen schaffen. Günstigere öffentliche Dienstleistungen können teilweise Einkommensverluste kompensieren und wirken durch größere Ausgabenspielräume für die privaten Haushalte konjunkturbelebend.

Auch für die Teilhabe aller Menschen am sozialen, kulturellen und politischen Leben ist eine drastische Senkung der Fahrpreise schrittweise hin zu einem fahrscheinfreien ÖPNV eine wichtige Maßnahme.

Die angesichts der dramatischen Klimaveränderung notwendige Verkehrswende braucht auch eine Preiswende beim HVV.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird aufgefordert:

1. Die Preise einer Monatskarte werden ab dem 1. August 2021 abgesenkt: der HVV-Tarfbereich Hamburg AB auf 30 Euro, das entspricht bei dem aktuellen Abonnementpreis von 92,40 Euro einer Reduzierung um 62,40 Euro. Bei Monats- und Abonnementkarten, die über den Tarfbereich Hamburg AB hinausgehen, erfolgt ebenfalls eine Reduzierung um den Fixbetrag 62,40 Euro.
Aus der vorgenannten Senkung der Fahrpreise ergibt sich eine Reduzierung der Einnahmen bei den Zeitkarten um rund 250.000.000 Euro pro Jahr. Unter Berücksichtigung der Erfahrung aus Wien wird für die verringerte Zahl verkaufter Einzelfahrkarten ein Einnahmeverlust von weiteren 12.000.000 Euro angenommen. Für die notwendigen Ausgleichszahlungen an die Verkehrsbetriebe werden im Einzelplan 7.1, Aufgabenbereich Verkehr und Mobilitätswende, Produktgruppe 301.01 im Jahr 2021 110.000.000 Euro und in den Jahren ab 2022 daher jeweils 262.000.000 Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt.
2. Schüler/-innen, Studenten/-innen und Auszubildende mit Wohnsitz oder Studienbeziehungsweise Ausbildungsort Hamburg können den ÖPNV im Tarfbereich Hamburg AB ab dem 1. August 2021 kostenfrei nutzen.
Für die notwendigen Ausgleichszahlungen an die Verkehrsbetriebe werden im Einzelplan 7.1, Aufgabenbereich Verkehr und Mobilitätswende, Produktgruppe 301.01 im Jahr 2021 38.000.000 Euro, in den Jahren ab 2022 jeweils 95.000.000 Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt.
3. Der Senat möge ein Finanzierungskonzept für einen fahrscheinfreien ÖPNV in Hamburg entwickeln und der Bürgerschaft bis zum 1. Januar 2022 über die eingeleiteten Maßnahmen und die erforderlichen Mehrausgaben berichten.